

Warum haben die Hamburger Schulreformgegner den Volksentscheid gewonnen?

Der 18. Juli war ein schwül-heißer Sonntag, und als sich am frühen Abend im Kulturhaus 73, direkt neben der Neuen Flora im Schanzenviertel, die ersten Aktivisten der zu Ende gegangenen Primarschulkampagne einfanden, war die Stimmung verhalten. Bei den meisten hielt sich die Hoffnung auf einen Abstimmungssieg der „Schulverbesserer“ in Grenzen. So wünschte man sich wenigstens, dass auch die Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ um den Anwalt Scheuerl das Beteiligungsquorum verfehlen würde. In den zurückliegenden Wochen hatte WWL in den Umfragen die Nase eher vorn gehabt. Am späten Abend stand fest: Die Niederlage für den Bürgerschaftskonsens zum längeren gemeinsamen Lernen war vollständig. Die Volksinitiatoren hatten nicht nur deutlich mehr Stimmen bekommen; ihre Vorlage war auch die einzige, die das Beteiligungsquorum klar überschritt¹.

Eine Stunde vor Schließung der Wahllokale hatte Ole von Beust seinen Rücktritt vom Amt des Ersten Bürgermeisters erklärt. Er wolle seinen Rückzug aus der Politik nicht vom Ergebnis des Volksentscheids abhängig machen, sagte er – doch durch die zeitliche Nähe seines Schrittes zum Plebiszit bekam der Tag eine noch größere Dramatik. Das Echo aus der Bundespolitik zeigte: Alles schaute nach Hamburg. Und noch nie in der bundesdeutschen Geschichte wurde ein so breiter parlamentarischer Konsens – von CDU bis Linkspartei – durch direkte Abstimmung wirkungslos gemacht.

Erschöpft fuhren die meisten Kontrahenten nach diesem Tag in den Urlaub. Und in der Tat - es wäre derzeit, Anfang August, viel zu früh, den gesamten Verlauf des Konflikts en détail zu analysieren. Denn mit dem Votum fand eine Auseinandersetzung ihr vorläufiges Ende, die ihren politischen Anfang mit der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung vom Frühsommer 2008 genommen hatte. Der vorliegende Aufsatz wagt einige vorläufige Thesen - nicht zuletzt in der Absicht, die kritische Nachbetrachtung unter den Hamburger Akteuren selbst voranzutreiben.

Das Volk und sein Wille

Liebes Volk, könnte man die Hamburger Teilnehmer am Volksentscheid fragen, wie so stimmst du für ein Schulsystem, das Kinder im Alter von neun Jahren in „gymnasial“ und „nicht-gymnasial“ einteilt, obwohl es dafür kein pädagogisches Argument und schon gar keine ethische Rechtfertigung gibt? Warum erklärst du für rechtens, was mehreren UN-Konventionen widerspricht, und warum schlägst du den Rat so vieler Wirtschaftsfachleute in den Wind? Weißt du nicht, dass wir uns mit dieser Schule international blamieren - ?

Aber das Volk antwortet nicht. Es hat votiert, und nun schweigt es. Das Abstimmungsgeheimnis schützt vor unbequemen Nachfragen. Niemand muss sich verantworten. Eine Sachfrage, die debattierbar wäre, kann anonym entschieden werden – mit Ja oder Nein, ohne Abwägung und ohne ein Forum, in dem sich jemand öffentlich zu einer Position bekennen muss. - Es soll übrigens Menschen geben, die diese Prozedur für demokratischer halten als das parlamentarische Verfahren.

¹ Näheres siehe www.hamburg.de/volksabstimmungen/

Seien wir nicht unfair. *Das Volk* gibt es gar nicht. *Das Volk* ist ein Konstrukt². Wir richten unsere kritische Nachfrage nicht an ein real existierendes Kollektivsubjekt, sondern rufen sie in einen leeren Raum. Konkret sind immer nur die Leute, und die entscheiden teilweise sehr abstrakt. Ihre Freiheit, aus welchen Motiven auch immer eine Initiative zu bejahen, die am Status quo des Schulwesens festhalten will, können wir nicht in Abrede stellen – selbst wenn wir bei den Betreibern der Abstimmung die politische Absicht der Diskriminierung von Kindern zu erkennen glauben. Wer also das Tor zum Plebiszit jenseits der allgemeinen Wahlen öffnet, sollte wenigstens so klug sein, sich davor zu hüten, 276.304 Bürger in einen einzigen Sack zu stecken.

Stimmen aus dem Off

Das spezifische Hamburger Schweigen der Abstimmungsmehrheit vom 18. Juli bestand darin, dass es nach dem Scheitern der Gespräche zwischen Bürgerinitiative und Senat kaum noch Personen in der bürgerlichen Öffentlichkeit der Stadt gab, die sich öffentlich zu WWL bekannten – eine Handvoll Chefärzte vielleicht ausgenommen. Demgegenüber wuchs die Zahl der Unterstützungserklärungen für die Primarschul-Einführung des Senats ständig. Nicht nur die vier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, auch Schulgremien, Schüler- und Elternverbände, die Handwerkskammer, Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen, zahlreiche Migrantenvereine und viele Organisationen aus den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur sprachen sich für die Schulreform aus. Rita Süßmuth, Klaus von Dohnanyi und Fatih Akin ergriffen für das längere gemeinsame Lernen Partei. So konnte man sich der Illusion hingeben, dass den „Volksinitiatoren“ die Felle davonschwämmen. Die Unterstützung (ausgerechnet!) der NPD für die Beibehaltung der frühen schulischen Selektion machte das WWL-Anliegen noch unappetitlicher.

Vorn auf der politischen Bühne war also eine erhebliche Aktivität zu verzeichnen. Zu den Kuriosa des Hamburger Schulreformkonflikts gehört allerdings, dass ein ursprünglich sozialdemokratisches Anliegen, das der Bildungsgerechtigkeit, von Schwarz-Grün zur Chefsache erklärt worden war und führende Hamburger Sozialdemokraten noch 2009 gegen ebendiese Reform kämpften. Eine SPD-Abgeordnete sprach sogar auf der WWL-Kundgebung. Die Wende der SPD unter ihrem neuen Landesvorsitzenden Olaf Scholz führte zwar zu einer überparteilichen Verständigung der maßgeblichen Akteure, ließ sich aber in den wenigen Monaten offenbar nicht an die SPD-Basis vermitteln. Im Kampagnenbündnis „Chancen für alle“, das im Frühjahr 2010 als „Die Schulverbesserer“ auf den Plan trat, hielt sich die sozialdemokratische Unterstützung sehr in Grenzen. Daran änderte auch die Tatsache wenig, dass mit Jobst Fiedler ein bekannter ehemaliger Hamburger SPD-Politiker den Vorsitz des Kampagnenbündnisses übernahm.

Revolution ohne Bewegung

Diese Rahmenbedingungen haben die Optik der Reformbetreiber leichtsinnig verzerrt. Wir konnten uns einbilden, genügend gesellschaftlichen Rückhalt zu haben, obwohl es sich im Wesentlichen bloß um institutionelle Verlautbarungen handelte. Grotesk war auf der „Schulverbesserer-Parade“ am 5.6. das Missverhältnis zwischen

² Vordenker des demokratischen Verfassungsstaats wie Montesquieu und Locke kamen ohne den Volksbegriff aus, der seinen politischen Mythos ja erst im 19. Jahrhundert, im Zeitalter des Nationalismus, entfaltet hat.

großen LKW und geringer Demonstranzahl. Selbst DGB und Verdi brachten nur enttäuschend wenige Mitglieder auf die Beine. Dem Riesenbündnis auf dem Papier entsprach keine Massenmobilisierung. Die revolutionären Neuerungen unserer Schulreform waren innerhalb der politischen Klasse und bei der Minderheit der schulpolitisch Aktiven relativ konsensfähig – aber die Reichweitenillusion der politischen Akteure bestand darin, dies mit einer Meinungshegemonie in der Wählerschaft zu verwechseln. Gerade für die GAL war dieser Irrtum naheliegend. Sie hatte mit ihrem Schulkonzept „Neunmachtklug“ unermüdlich eine Etappe nach der anderen – auch innerparteilich, im Bund – gewonnen und das längere gemeinsame Lernen ganz nach vorn auf die Agenda der Landespolitik gebracht.

Feldherr ohne Bataillone

Der tragische Held des Hamburger Volksentscheids ist Ole von Beust. Er hat die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung nicht nur durch alle Wetter gesteuert, sondern auch im bürgerlichen Lager mit einer authentischen Reform-Argumentation geworben – zur Freude der Grünen, aber auch zum Ärger vieler seiner Parteifreunde. Die von ihm vertretene inklusive Bildungsstrategie setzte einen deutlichen Kontrapunkt zur Privilegienorientierung des traditionellen CDU-Milieus. Je egalitärer von Beust argumentierte, desto offenkundiger manövrierte er sich in einen innerparteilichen Wertekonflikt. Das Dilemma seines Koalitionspartners war, dass dieser ihm dabei am wenigsten helfen konnte. Auch hier hat zur Wahrnehmungsverzerrung im Reformlager beigetragen, dass das Gymnasialmilieu der CDU sein Privileg, die eigenen Kinder früh sozial abzuschirmen, nicht explizit machte, sondern andere für sich sprechen ließ – mit einer flankierenden Rhetorik zur Thema Leistung.

Die CDU ist eine demokratische Partei. Das heimliche grüne Vertrauen in die unbegrenzte Haltbarkeit der CDU-Loyalität gegenüber dem Ersten Bürgermeister hat sich als naiv erwiesen. So hatten wir es denn in diesem Schulreformkonflikt mit zwei flüggellahmen Riesen zu tun: einer verwirrten SPD und einer gespaltenen CDU. Beide Parteien sind jedoch – im Unterschied zu den Grünen mit ihrer inneren Obstruktionslust – autoritätsbedürftig bis zur Sentimentalität. Diese großen Apparate funktionieren nicht, wenn ständig Störmeldungen von unten in die Zentralen dringen. Olaf Scholz konnte seinen Tanker nicht in zehn Minuten wenden; und Ole von Beust hat sich am Allerheiligsten seiner Partei vergriffen, indem er das (in Deutschland peinlich dominante) soziale Herkunftsprivileg bei der Schullaufbahn-Entscheidung denunzierte³.

Das Konstrukt einer Kampagne

Kampagne nennt man jene wunderbare Zeit, in der man in der Aktion neue Menschen kennenlernt, die ähnlich denken wie man selbst und denen man am liebsten schon sehr viel früher begegnet wäre. Besonders für das Mitglied einer kleinen Partei, das auf dem Marktplatz immer viel Gegenwind bekommt, ist es lustvoll, endlich einmal eine Sache zu vertreten, die relativ populär ist. Neben diesen Hochgefühlen stellten sich bei mir jedoch immer wieder leichte Angstschauer ein, wenn ich mich fragte, wie wir mit 40-70 Leuten die ganze Metropole bespielen sollten. Auch wenn wir später einige hundert wurden – es waren zu wenige, und dass es nicht mehr wurden, bestätigt meine These von der „Revolution ohne Bewegung“.

³ Schon vor Jahren, zur Zeit der Schröder-Fischer-Koalition, propagierte von Beust die Sozialdemokratisierung der CDU als Überlebensperspektive; in der aktuellen Kontroverse hat er das auch in konservativen Kreisen verbreitete Links-Rechts-Denkmuster wiederholt in Frage gestellt.

Die politisch-organisatorische Herausforderung bestand darin, autonom gegenüber dem Senat und der Bürgerschaft einen überparteilichen Konsens öffentlich zu vermitteln und dabei nicht zu eng an die eine oder andere Partei zu rücken. Es gelang etwas in der Konkurrenzdemokratie sehr Seltenes: Dasselbe Plakat erschien in der Stadt mit vier verschiedenen Partei-Emblemen.

Dass das Hamburger Bündnis „Chancen für alle“ sich quasi eine Kampagne kaufte, die sich nicht aus einer längeren gemeinsamen Beratung entwickelte, sondern ziemlich hastig per Akklamation durchgewunken wurde, ist dem großen Zeitdruck geschuldet, unter dem wir alle standen. Das starre Termin-Räderwerk des Volksabstimmungsgesetzes ließ größere Zeitvorläufe nicht zu; Druckvorlagen mussten auf die Abstimmungsvorlagen warten, die noch verhandelt wurden. In diesem Dilemma konnte die Kampagne mit der professionellen Expertise zahlreicher neu Hinzugekommener so gut wie nichts anfangen. Alle waren eigentlich nur für ganz bestimmte operative Tätigkeiten gefragt. Die Aufnahmefähigkeit einer solchen Organisationsform ist begrenzt. Vor allem konnte das Kampagnenforum nicht die Funktion annehmen, die in politischen Bewegungen zentrale Treffen normalerweise haben: nämlich einen Sammelpunkt für Massenunterstützung zu bilden. Außer der GAL und der Linkspartei waren Parteienvertreter kaum präsent; es war eine gewisse Schüchternheit zu spüren, die Überparteilichkeit nicht durch Dominierung zu gefährden. Auf dieser minimalen personellen Basis allerdings hat unser Kernteam Großartiges geleistet, und die persönliche und visuelle Präsenz der Kampagne war beeindruckend. Durch kritisches Feedback konnte nachgesteuert werden. Wir haben neue Talente entdeckt. Eine Unzahl von öffentlichen Podien bot Gelegenheit zur Nachwuchsschulung. Kampagnenintern wurde der Streit geprobt. Wissenschaftliche Expertise wurde in Gebrauchstexte eingedampft.

Eine Rechnung ohne den Wirt

Dennoch haben wir die Erfahrung gemacht, dass Marketing kein Ersatz für eine Verankerungsstrategie ist. In der AG „Stakeholder“ haben wir Zielgruppen zwar sehr genau bestimmen und mit ihren Befindlichkeiten definieren können; es wurde aber relativ bald klar, dass auch dort, wo Schulbehörde und Senat ihren Aufklärungsbeitrag zur Schulreform lieferten, also bei Elternschaften und in Schulkollegien, die Reichweite der Reformkräfte oft eher gering war.

Die Lehrerschaft erwies sich dabei als die härteste Nuss. Kein Wunder: Ein grünes oder linkes Netzwerk für die 430 Schulen in Hamburg existiert nicht. Die GEW ist extrem marginalisiert und hatte außerdem als traditionell (und unabhängig von der politischen Farbe) senatskritischer Berufsverband sowieso das Problem, sich für eine Senatsreform aus dem Fenster zu hängen. Was uns von Anfang an Sorgen machte, war, dass auch aus Gesamtschulen und beruflichen Schulen teilweise sehr reformskeptische Stimmungen kolportiert wurden. In der Kürze der Zeit in diesen Kollegien systematische Überzeugungsprozesse anfangen zu wollen, wäre jenseits jeder Denkmöglichkeit gewesen.

Den Kampagnenträgern ist dieses Problem durchaus bewusst gewesen. Sie verfügten jedoch in den meisten Fällen nicht über Vermittler in die entsprechenden Milieus. Das Wort „Reform“ wurde in der öffentlichen Ansprache tunlichst vermieden: Für viele Menschen ist es heute mit der Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen konnotiert. Besonders unter Lehrkräften grassiert eine Art Reformtrauma,

das in den Arbeitszusammenhängen der Parteien⁴ häufig rasch vom Tisch gewischt wird, nach dem Motto: Wir machen es besser. Die enormen budgetmäßigen Anstrengungen des schwarz-grünen Senats im Schulwesen sind zwar kommuniziert worden, haben jedoch an der allgemeinen skeptischen Grundhaltung nichts ändern können. Die Achillesferse der Senats-Reformpolitik war das Versprechen einer besseren Zukunft – gegenüber einem extrem politikkritischen Milieu, das sich in der Rolle des Ausputzers sieht. Dem stand in den Schulen jedoch auch unter vielen Lehrkräften eine Aufbruchstimmung gegenüber. Wird der Schulreformkonflikt zum Plebiszit, können sich die Lehrkräfte entscheiden: sie können politisch optieren (z.B. für mehr Bildungsgerechtigkeit) oder die Gunst der Stunde nutzen und dem Senat „eins auswischen“. Genau hierum liefen, wie zu hören war, lebhaft Debatten in vielen Hamburger Lehrerzimmern.

Es fehlte Senatspolitik aus einem Guss

Die Lehrerschaft ist selbstverständlich - und zum Glück für die Demokratie! - viel zu individualistisch, als dass sie sich als kollektives Sprachrohr einer Regierungs-Option einsetzen ließe. Sie hat immer eine gesellschaftliche Schlüsselrolle, indem sie der neuen Generation hilft, ein eigenes Wertekonzept zu entwickeln. Aber sie hat auch eine Elternberatungsfunktion. Und wenn Eltern fragen: „Na, was halten Sie denn von der Primarschule?“ kommt es sehr darauf an, was die Lehrkraft sagt. Selbst junge Lehrkräfte haben hier, aus der Sicht der Eltern, Autorität. Sie sind schließlich die Schulprofis. Es ist also entscheidend, was 15.000 Hamburger Lehrerinnen und Lehrer in solch einer Situation sagen. Wir müssen davon ausgehen, dass die Schlacht auf diesem Feld nicht gewonnen wurde.

Schulpolitik ist Politik für Kinder und Eltern. Wenn ein schwarz-grüner Senat sich als Ziel mehr Bildungsgerechtigkeit vornimmt und dabei sogar die Heilige Kuh des Gymnasiums antastet, dann muss sein Programm aus einem Guss sein, weil er eine Massenzustimmung braucht – auch von denjenigen, die nicht auf Schwarz stehen. Er braucht sogar eine neue Aufbruchstimmung, und sein politischer Entwurf muss Kinder, Jugendliche und Familien in jeder Hinsicht besserstellen. Deshalb war es vielleicht der fatalste Fehler, die Kita-Gebühren zu erhöhen und damit die Kernzielgruppe der jungen Eltern zu ohrfeigen, die doch gerade die zukünftigen Kunden der Primarschule sein würden. Die Kampagne hat den Senat gewarnt; GAL-Mitglieder wie ich haben die GAL-Führung gewarnt. Die massenhafte Verärgerung, die hier provoziert worden ist, beträgt vielleicht nicht 40.000 Stimmen – aber für denkbar halte ich ein solches Schadensausmaß durchaus. Es war die beste Steilvorlage für einen Durchmarsch von WWL.

Glaubt uns, dass es besser wird

Wer in dieser anti-utopischen Zeit, in der der Pragmatismus fast so etwas wie eine Religion ist, Menschen für ein Zukunftsmodell begeistern will, stößt auf die Schwierigkeit, dass selbst die Unzufriedenen nicht recht wollen. Sie handeln nach dem Prinzip: Lieber ein bekanntes Unglück als ein unbekanntes Glück. Die vorherrschende Haltung, die ich auf der Straße und bei Veranstaltungen gegenüber dem Primarschulthema erlebt habe, war freundliche Skepsis. Waren die Kampagnenvertreter an

⁴ Die Frage ist, ob überhaupt bei den Reformkräften die Notwendigkeit einer politischen Kommunikation mit den Lehrkräften gesehen wird. Auf die Berufsverbände der Lehrerschaft kann man sich hier nicht verlassen. Sie haben andere Funktionen und folglich andere Themen.

dem Punkt angekommen „Wir erklären euch, wie unsere neue Schule funktioniert“, konnten sie die allgemeinpolitische Skepsis schon nicht mehr richtig bearbeiten. Aber wenn überhaupt, konnten sie sich mit der Primarschulidee eher den besser Informierten, Gebildeteren verständlich machen. Denn das Produkt, mit dem wir auf den Markt gingen, war hochkomplex.

Einer der gravierendsten Fehler, der der Kampagne unterlaufen ist, ist deshalb das, was ich als die „proletarische Illusion“ bezeichnen möchte: nämlich die Ansage, dass wir die Zustimmung zur Primarschule nicht in den reichen Elbvororten, sondern in Jenfeld und am Osdorfer Born holen. Das war eine sehr simple Konstruktion: objektives Interesse schreitet zur Wahlurne. Als wenn wir nicht wüssten, dass sich in den Großstädten längst ganze Milieus aus der demokratischen Beteiligung verabschiedet haben! Die Psephos-Erhebung hat diesen Realismus bestätigt. Der Primarschulstreit hat vom Anfang her seine Distinguiertheit nie abgestreift; er wurde im Wesentlichen unter den Teilnehmern der Zivilgesellschaft ausgetragen. Er ist primär als ein Strukturstreit ausgefochten worden, nicht als ein Wertekonflikt⁵.

Der Sinn der Primarschule

Zweifellos haben wir die Hamburger Öffentlichkeit in eine Schuldebatte von seltener Intensität verwickelt. Viele Menschen haben uns in der Kritik an der Unzulänglichkeit des bestehenden Schulwesens zugestimmt. Aber längst nicht alle von ihnen haben uns abgenommen, dass die Primarschule die Lösung für alle Probleme ist. Wir selber waren immer in der Gefahr, das Primarschulkonzept mit Erwartungen zu überfrachten. Man sieht hier, wie die plebiszitäre Verengung auf einen Punkt einer vernünftigen Debatte um ein besseres Schulwesen schadet.

Für die Primarschule hatten wir alle guten Argumente der Pädagogik und eine beeindruckende Phalanx prominenter Unterstützer auf unserer Seite. Unsere Argumentation für das längere gemeinsame Lernen ist durch Expertise fundiert. Sie ist ethisch unangreifbar⁶ und gesellschaftspolitisch plausibel. Aber sie verlangt im Nachvollzug ein politisches Bewusstsein über die Schule. Wer die Schule nur als Schon- und Entfaltungsraum für sein Kind betrachtet und tradierte Vorstellungen vom Lernen hat, kann an der Homogenität von Lerngruppen nichts Schlechtes finden.

Wir hatten also mit unserem Reformvorschlag einen hohen politischen Anspruch an die Öffentlichkeit. In paradoxem Kontrast dazu steht jedoch, dass man den Wertekern der Reform in der Bürgerschaftsvorlage für den Volksentscheid gar nicht klar genug vorfindet. „Für eine bessere Schule“ ist ja jeder. Unser zentrales Kampagnenplakat bleibt ähnlich foskelhaft: „Deine Stimme für meine Zukunft – Sag JA zur Primarschule“. An den beiden entscheidenden Stellen gaben wir den Wahlberechtigten nicht die Möglichkeit, sich mit einem ethischen oder politischen Wert zu identifizieren. Die Gegenseite war hier sehr viel substantieller: Sie warb demagogisch um Zustim-

⁵ vgl. Kurt Edler: Aufruhr an der Elbe. Ein Schulreform-Konflikt eskaliert zum Plebiszit. In: KOMMUNE 3/2010, S. 22-27.

⁶ Eines meiner Schlüsselerlebnisse war, als Podiumsgast bei der Eirene-Gemeinde in Hamburg-Langenhorn einer geschlossenen Ablehnungsfront gegen die Primarschule gegenüberzusitzen. Was meine Zuhörer am meisten aufregte, war mein Argument, dass keine Ethik die Einteilung von Neunjährigen nach Bildungsschicksalen rechtfertigt. Aber nachdenklich gemacht hat mich schon, dass sich in einem eher kleinbürgerlich-protestantischen, engagierten Milieu (sozial und geographisch fern der Elbchaussee!) keines von 35 Gemeindemitgliedern auf das längere gemeinsame Lernen einlassen wollte.

mung mit „Wir wollen lernen“, bot das Votum für ein „Elternwahlrecht“ und warnte in der letzten Phase der Kampagne vor einem „Primarschul-Chaos“.

Wenn es in Hamburg quer durch alle erreichbaren sozialen Gruppen eine starke Identifikation mit liberalen und sozialen Werten wie Fairness, Toleranz, Pluralismus und Weltoffenheit gibt – wir haben sie mit *dieser* Kampagne offensichtlich nicht mobilisiert. Das Paradoxon besteht im Wesentlichen darin, den Gesamtadressaten zugleich politisch überfordert und unterfüttert zu haben.

Ein nachholendes Zustimmungersuchen beim Volk

Doch selbst wenn wir diesen Fehler nicht gemacht hätten, hätten wir vor einem prinzipiellen Problem gestanden, das ich hier besonders mit unseren Plebiszit-Fans diskutieren möchte. Dass nahezu das ganze politisch verfasste Hamburg hinter einem Gesetz – dem Schulgesetz – steht und dann, am 5.6., nicht einmal annähernd den Rathausmarkt zu füllen vermag⁷, hat viel tiefer liegende Gründe. Ich habe mich auf der Moorweide schon zu den skurrilsten Demonstrationen eingefunden – aber noch nie zu einer, die einen bereits gefassten Bürgerschaftsbeschluss bejubelt. Es ist ein apartes Gefühl, wenn der Erste Bürgermeister auf den LKW klettert, das Megaphon ergreift, ein paar knackige Worte spricht⁸ und dann mit der Zweiten Bürgermeisterin den Zug anführt – zum Rathaus. Die gesetzgebende Versammlung ließ sich auf diesem Umzug allerdings teilweise durch das Volk vertreten.

Demonstranten sind eine ganz besondere Spezies. Entweder versammeln sie sich, um eine eigene Idee zu propagieren, oder sie sind auf irgendetwas sauer. Es ist ungewöhnlich, wenn einen bisher immer der Zorn auf die Moorweide getrieben hat und nun zum ersten Mal die Freude. Bei den meisten Stammbesuchern fortschrittlicher Hamburger Protestkundgebungen hat dieses Umschalten am 5.6. nicht funktioniert. Sie blieben zu Hause.

Was ich hier persifliere, ist im Grunde ein verdammt ernstes verfassungsstaatliches Problem. Nehmen wir an, dass der Trend in den europäischen Demokratien wächst, die Möglichkeit des Plebiszits für diskriminierende Anliegen in Anspruch zu nehmen, für Minarettverbote zum Beispiel, Roma-Ausweisungen aus der Banlieue, für das fleißig schaffende Flandern, das stolze ungarische Schachbrett oder die Isolation des Mezzogiorno. Eine parlamentarische Versammlung wie die Bürgerschaft könnte sich gegen die Selbstorganisation von agilen Hanseaten, die ihr einen Schuss vor den Bug verpassen wollen wie jetzt WWL, gar nicht anders wehren als durch die rechtzeitige Mobilisierung einer eigenen Bewegung. Anstatt also zu „mehr Demokratie“ würden wir zu einer politischen Ordnung kommen, in der Parteien, Fraktionen und Verbände mehr auf „die Straße“ setzen müssten als bisher. Der Senat müsste, um im Volksentscheid zu obsiegen, seine eigenen Vasallen ins Feld führen – mit „JA“-Fähnchen ausgerüstet. Und wir müssten unsere Dauerdemonstranten in der Nähe der Moorweide in Bereitschaft halten, um dem Senat im Bedarfsfalle rasch und eindrucksvoll den Rücken freizuhalten. Es ist die Tragik der GAL, dass sie den Weg zum angeschärften Volksentscheid bereitet hat, ohne in allen Konsequenzen durch-

⁷ Aus meiner Erfahrung als Mitdemonstrantenzähler glaube ich sagen zu können, dass die FAZ mit ihrer Schätzung, dass es nur 2000 waren, Recht hatte.

⁸ „Ich hätte nie gedacht“, sagte mir eine alte Linke, dabeistehend, „dass ich diesem Mann mal Beifall klatschen würde.“

zudeklinieren⁹, dann eventuell auch für die Aufstellung von regierungsfreundlichen Demonstrationen zuständig zu sein.

Es ist Zeit für eine Generalrevision der bisherigen Parteilinie. Und der Bürgerschaft wäre zu empfehlen, sich nicht ständig kleinzumachen, wo sie doch ihre Legitimation durch das einzig vernünftige Plebiszit erhält, das die Voraussetzung für alle vernünftige Beratung bildet: die allgemeinen, freien, gleichen, direkten und unmittelbaren Wahlen. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung haben 278.000 Wähler/innen einen Konsens annulliert, der von Abgeordneten gefasst wurde, die auf der Basis von 785.000 Stimmen gewählt worden sind.

Kehren wir nun noch einmal zum Volksentscheid vom 18.7. zurück, weil sich an ihm die Mechanik des Plebiszits konkret erläutern lässt.

Tödliches Framing

Wie verschleierte ich, wenn ich geschickt bin, das hässliche, diskriminierende Motiv, dem „geborenen Gymnasiasten“ die Zumutung zu ersparen, länger als bisher mit Schmuttelkindern in einer Klasse zu sitzen? Nun, ich stelle die Schulform-Entscheidung als Wahl hin, obwohl sie gar keine ist¹⁰, und beschuldige diejenigen, der die Selektion verweigert, meine Handlungsfreiheit einzuschränken. Das ist die Geburtsstunde des Mogelworts „Elternwahlrecht“; und WWL hatte natürlich – das muss man der Initiative lassen – ausgebuffte Medienmacher und Spindoctors an Bord, die solch ein Ding drehen konnten. So kann man dann die Separation nach Klasse 4 als besser erscheinen lassen als diejenige nach Klasse 6. Das ist ungefähr so sinnvoll, als wenn man sagen würde, besser, das Kind raucht mit 14 als erst mit 16.

Wer sich als Freund des längeren gemeinsamen Lernens in diese linguistische Falle begibt, ist verloren. Genau das jedoch finden wir leider in der Bürgerschaftsvorlage zum Volksentscheid vor: „Elternwahlrecht nach Klasse 6“. Hinzugefügt sind einige schulpolitische Sättigungsbeilagen, die mit der Sache nicht direkt zu tun haben. Aber so schlau ist der gestresste Bürger, der die Vorlagen aus dem dicken DIN-A-4 Kuvert zieht und kurz die Beitexte vergleicht, allemal. Und dann macht er sein Ja-Kreuz auf der linken Hälfte. Denn Wahlrecht nach Klasse 4 ist doch mehr Recht als Wahlrecht erst nach Klasse 6!

Überprüfen wir unsere Vorurteile

Wie schon eingangs ausgeführt, ist es sehr gefährlich, von der WWL-Position auf die Meinung ihrer Unterstützer zu schließen. Alles trifft sich hier – Filmschauspieler, Chefärzte, unzufriedene Studienräte, aber auch kleine Leute, die schwören, noch nie im Leben einen Golfplatz betreten zu haben. In die Primarschul-Kampagne ist früh ein klassenkämpferischer Ton hineingekommen, den man von Schwarz-Grün als

⁹ Es hat bei der GAL auch in den neunziger Jahren, in der Debatte um die Parlamentsreform, nie eine Diskussion über „das Volk“ und die unheilvollen Erfahrungen der Weimarer Republik mit Volksabstimmungen gegeben. Es wurde immer unterstellt, die Gegner des Plebiszits wollten die Bürger von mehr Teilhabe ausschließen. Von ihrem romantisch anti-parlamentarischen Impetus, den die Grünen seit ihrer Gründung wie ein Kainsmal mit sich herumschleppen, haben sie sich nie richtig emanzipiert.

¹⁰ Auch in Hamburg kann ein Kind nicht am Gymnasium bleiben, wenn es am Ende der 6. Klasse zu schlechte Noten hat.

dem Juste-Milieu der Hansestadt am wenigsten erwartet hätte. Tucholsky dichtete schon 1922:

Ach Muse, pack die rote Fahne ein!
Und roll sie säuberlich zusammen.
Die alten Ideale tu darein –
die können keinen mehr entflammen.
Die Barrikade und der Aufrufschrei :
das ist vorbei.¹¹

Kampagnenpsychologisch erhöhte das die eigene politische Authentizität nicht. Es befremdete und verunsicherte eher. Unsere Fixierung auf die „Gucci-Fraktion“ und die Elbchaussee hat uns den Blick auf die große Zahl derjenigen verstellt, die am Gymnasium festhalten wollen, ohne zu den oberen Zehntausend zu gehören. Allein mit diesen zehntausend oder etwas mehr hätte Walter Scheuerl mit seinem Team die Abstimmung ja auch niemals gewinnen können.

In einer Stadt, in der fast die Hälfte eines Schülerjahrgangs ans Gymnasium wechselt, ist das Gymnasium keine elitäre Einrichtung mehr, sondern wird als „normal“ empfunden. Es ist die Sehnsucht vieler kleiner Leute, ihre Kinder auf einen sicheren Weg zu bringen. Wir haben z.B. die aufstiegsorientierten Einwanderereltern aus Osteuropa nicht von ihrer Gymnasialfixierung abbringen können, weil sie harte Ansprüche an ihre eigenen Kinder stellen und glauben, dass diese über das Gymnasium am leichtesten „nach oben“ kommen. Auf der anderen Seite haben sich viele Hamburger Gymnasien mit einer Heterogenität längst kreativ arrangiert. Der polemische Unterton der Primarschulkampagne hat daher bei den fortschrittlicheren, sozial engagierten Gymnasiallehrkräften – wie verschiedentlich berichtet wurde – zu einer Desolidarisierung geführt, die dem Anliegen der Schulreform geschadet hat.

Im größeren Kontext der Großstadtpolitik, wie sie heute von den demokratischen Parteien betrieben wird, ist das plötzlich auftretende anti-bürgerliche Pathos sowieso eher verwirrend. Gerade die CDU und die Grünen beschränken sich längst auf eine Kommunikation mit jenen gesellschaftlichen Milieus, die für ihre Botschaften erreichbar scheinen. Themen, Sprache, Gestus und Präsentation sind auf die Mittelklasse und die Oberschicht ausgerichtet. Nicht zufällig ist „Primarschule“ ein halbes Fremdwort. Der Anspruch, die Unterschicht wahlpolitisch zurückzugewinnen, ist stillschweigend ad acta gelegt worden. Ihr gegenüber dominiert weitgehend eine Betreuungshaltung. Nur die konservativen Populisten zündeln in diesem Revier mit heißen Themen wie der Kriminalpolitik; und es ist das spezifische Verdienst der Grünen, solchen Versuchungen ständig entgegenzutreten und diese Karte selber nie zu spielen.

Kurt Edler (8. Aug. 2010)

Kontakt: edler@degede.de

¹¹ „Bürgerliches Zeitalter“. Gesammelte Werke 1921-24. Band 3. S. 160 f.